



**Geschäftsführung
Ausschuss Klima, Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.buelte-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 09.11.2021

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Klima, Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 07.10.2021, 16:08 Uhr bis 18:17 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Christian Achtelik	Volt
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE stellvertretend für Frau Abé
Frau Christiane Martin	GRÜNE
Herr Robert Schallehn	GRÜNE
Frau Ursula Schlömer	GRÜNE
Herr Lukas Lorenz	SPD stellvertretend für Frau Jäger
Herr Rafael Christof Struwe	Auf Vorschlag von SPD
Frau Constanze Aengenvoort	CDU
Herr Werner Marx	CDU stellvertretend für Herrn Spehl
Herr Florian Weber	CDU
Herr Dr. Rolf Albach	Auf Vorschlag von FDP

Beratende Mitglieder

Frau Caroline Michel	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Frau Nicolin Gabrysch	KLIMA FREUNDE
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln
Herr Dr. Volker Ermert	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Anne Roth	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Alexander Volk	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Wilfried Becker	Auf Vorschlag von SPD
Frau Dr. Janina Jänsch	Auf Vorschlag von CDU
Herr Dr. Johannes Zischler	Auf Vorschlag von CDU
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	Auf Vorschlag von CDU
Frau Elisabeth Lange	Auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Martin Osorio Pulido	Auf Vorschlag von FDP

Frau Franziska Weber	Auf Vorschlag von Volt
Herr Frank Feles	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Luziano Gonzalez Tejon	Auf Vorschlag des Integrationsrates
-----------------------------	-------------------------------------

Verwaltung

Herr Beigeordneter William Wolfgramm	Beigeordneter des Dezernates VIII - Umwelt, Klima und Liegenschaften
Alice Bauer	VIII/2 - Kommissarische Leitung der Koordinationsstelle Klimaschutz
Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Andrea Behrens	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Frau Christina Brammen-Petry	Umwelt und Verbraucherschutzamt
Frau Laura Christ	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Konrad Peschen	Leiter des Umwelt-und Verbraucherschutzamtes

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

Gäste

Herr Klaus Harzendorf	Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung zu TOP 5.2
Herr Henning Röhrig	Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung zu TOP 5.2
Frau Ingrid Rietmann	Ingenieurbüro Rietmann BÜRO FÜR FREIRAUM + LANDSCHAFTSPLANUNG zu TOP 5.2
Frau Isabell Piela	Ingenieurbüro Rietmann BÜRO FÜR FREIRAUM + LANDSCHAFTSPLANUNG zu TOP 5.2

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Denise Abé	GRÜNE
Frau Christiane Jäger	SPD
Herr Felix Spehl	CDU
Frau Sarah Niknamtavin	DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Herr Matthias Büschges	AfD
Frau Prof. Dr. rer. nat. Anna von Mikecz	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Sönke Geske	Auf Vorschlag von SPD
Herr Wilhelm Göttinger	Auf Vorschlag von SPD
Herr Fardad Hooghoughi	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Frau Annette Rösener	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Hilde Naurath	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Alf Spröde	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Herr Dr. Gerhard Haider	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, RM Herr Christian Achtelik, begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Klima, Umwelt und Grün und des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Bevor er auf die aktuellen Tagesordnungen beider Ausschüsse hinweist, erteilt er der sachkundigen Einwohnerin Frau Lange das Wort.

SE Frau Lange bedankt sie für die Möglichkeit, in der Sitzung des Ausschusses sprechen zu dürfen, wenn auch aus bitterem Anlass. Sie berichtet folgendes über die Situation von Frau Hamide Akbayir:

„Hamide Akbayir kennen viele hier, aus ihrer jahrelangen Tätigkeit im Umweltausschuss.

Zurzeit wird sie in der Türkei festgehalten und darf nicht nach Deutschland ausreisen.

Was passiert ist, haben viele aus der Zeitung erfahren:

Am 15. Juni reiste Hamide in die Türkei, um Verwandte zu besuchen und die Familiengrabstätte zu pflegen. Am Tag nach ihrer Einreise wurde laut ihres Anwalts ein Haftbefehl gegen sie ausgestellt. Am 2. September wurde sie festgenommen und von der Staatsanwaltschaft Ankara per Video verhört. Ihr wurde „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation und Propaganda“ vorgeworfen. Der Richter entschied, dass sie nicht nach Deutschland ausreisen dürfe und sich zweimal pro Woche bei der Polizei melden müsse. Ein Einspruch gegen die Entscheidung wurde dann am 24. September abgelehnt.

Hamide hat die deutsche Staatsangehörigkeit, nur die deutsche. Ihr werden Vergehen vorgeworfen, die erstens keine sind und zweitens begründet werden durch ihr politisches Engagement in Deutschland.

Gestern war ich auf der Mahnwache für sie, an Bahnhofsvorplatz. Besonders berührt haben mich der Einsatz ihrer Nachbarn:innen, die einen Brief mit 60 Unterschriften an das Konsulat schicken wollen und die Student:innen – Hamide hat in der Uni gearbeitet – die gegen ihre Festsetzung bereits 500 Unterschriften gesammelt haben.

Auch der Rat der Stadt Köln wird hier politisch tätig werden. Und das ist gut so, denn sie braucht jetzt jede Unterstützung.

Aber sie braucht auch persönlichen Zuspruch. Ich werde, vielleicht mit Hilfe von Frau Bültge-Oswald, die E-Mail-Adresse von Hamide in den Ausschussverteiler geben. Es wäre schön, wenn der Eine oder die Andere ein Grußwort an Hamide senden würde, einzeln oder als Fraktion. Hamide wird sich sicher über jeden noch so kleinen Zuspruch freuen.“

Der Bericht von Frau Lange wird mit Betroffenheit und Zustimmung aufgenommen.

Anschließend weist Herr Achtelik auf die aktuellen Tagesordnungen beider Ausschüsse hin, die den Ausschussmitgliedern vorliegen und deren Erweiterungen am Zusatz „**zugesetzt und im Ratsinfo eingestellt**“ erkennbar seien.

Er schlägt vor, die Tagesordnungen unter Beachtung der aktuellen Pandemiesituation eingeschränkt, ähnlich wie in den bisherigen Sitzungen, zu behandeln. Mögliche Nachfragen zu Vorlagen sowie die mündlichen Anfragen sollen bitte schriftlich, gerne per Mail an Frau Bültge-Oswald, eingereicht werden.

Die Anfrage zu TOP 1.1 zur Versiegelung der Stadt werde in der nächsten Sitzung beantwortet.

Zu TOP 5.2, das ist die Beschlussvorlage zur Entflechtungsstraße Rondorf Nord-West, sind Herr Harzendorf und Herr Röhrig vom Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung sowie Frau Piela und Frau Rietmann vom Büro Rietmann anwesend, um Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten.

Daher beantragt die Verwaltung, Frau Piela und Frau Rietmann Rederecht zu TOP 5.2 einzuräumen.¹

Herr Achtelik lässt über das Rederecht abstimmen:

Beschluss

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün räumt Frau Piela und Frau Rietmann zu TOP 5.2 Rederecht ein.

Abstimmung:

Einstimmig zugestimmt

Im weiteren Verlauf macht Herr Achtelik auf die Hinweise zum Infektionsschutz bei Gremiensitzungen im Rathaus aufmerksam und gibt die Information der Verwaltung über die Möglichkeit weiter, eine Einverständniserklärung abzugeben, um nicht vor jeder Sitzung die Immunisierung oder Testung nachzuweisen.

Anschließend geben die Ausschussmitglieder Kommentare zur Tagesordnung ab.

RM Herr Schallehn beantragt namens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, die Anträge und Änderungsanträge unter TOP 2.1 und 2.3 zu vertagen, bis eine Einigung zur Energiewende erzielt worden sei. Es handle sich um den Antrag der SPD-Fraktion betreffend Sofortmaßnahmen für die Solar-Offensive in Köln und den Antrag der Fraktionen Die Linke, FDP und Die FRAKTION betreffend Sonnendeck - PV-Anlagen über Autobahnen.

SB Herr Dr. Albach bittet, die Vorlagen für eine Diskussion noch auf der Tagesordnung zu lassen.

SB Herr Struwe bemerkt, der Antrag der SPD-Fraktion unter TOP 2.1 sei entscheidungsreif. Man sei daher gegen eine Vertagung dieses Antrags. Den Änderungsantrag unter TOP 2.2.2 zu „Erfassung der Luftqualität in Kölner Norden“ ziehe die SPD-Fraktion zurück.

SB Frau Gabrysch ist verärgert über die Vertagungsanträge, da es sich um ein wichtiges und vor allem dringendes Thema handle, das keinen Aufschub dulde.

¹ Abstimmung über Rederecht im Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb s. dortige Niederschrift

RM Frau Martin betont, es sei wichtig, das, was im Eckpunktepapier vereinbart worden sei, in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Daran arbeite die Verwaltung und werde das Ergebnis dem Ausschuss vermutlich noch in diesem Jahr vorstellen.

Man halte es nicht für zielführend, parallel dazu ähnliche oder identische Aufträge zu erteilen. Rein inhaltlich stimme sie Frau Gabrysch zu, dass es sich um ein wichtiges Thema handle. Allerdings erachte man es für sinnvoll, den Vorschlag der Verwaltung im November / Dezember abzuwarten und alles, was die Fraktionen und Einzelmandatsträger entwickelt haben, zu bündeln und gegebenenfalls als Änderungs- oder Ergänzungsantrag einzubringen.

Beigeordneter Herr Wolfgramm informiert über die Vorgehensweise der Verwaltung, eine Vorlage zur Einigung mit der RheinEnergie ämterübergreifend abzustimmen und diese dem Ausschuss Klima, Umwelt und Grün in der nächsten Sitzung vorzulegen. Ein wichtiger Baustein sei die Umgehensweise mit Solarenergie und Photovoltaik. Bevor die Vorlage in die Beratungen eingebracht werde, beabsichtige er, den Ausschuss zu einem interfraktionellen Gespräch einzuladen und die Inhalte vorzustellen.

Herr Wolfgramm kündigt eine weitere Vorlage an, die Sofortmaßnahmen im Rahmen der Klimaneutralitätsstrategie im Klimarat betreffe. Ein anderer Punkt sei die Fortentwicklung der Leitlinien für die Bauleitplanung. Hier sei man noch in finalen Abstimmungen.

SB Herr Zimmermann plädiert dafür, die Punkte 2.1 und 2.3 auf der Tagesordnung zu belassen.

Anschließend lässt der stellvertretende Ausschussvorsitzende über die Vertagung der Punkte 2.1 und 2.3 inklusive der jeweiligen Änderungsanträge abstimmen.

Beschluss

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün beschließt, die Tagesordnungspunkte

- 2.1 Antrag der SPD-Fraktion
betreffend
Sofortmaßnahmen für die Solar-Offensive in Köln
AN/1409/2021
- 2.1.1 Änderungsantrag zu TOP 2.1: Antrag der SPD-Fraktion „Sofortmaßnahmen für die Solar-Offensive in Köln“ (DS 1409/2021)
AN/2127/2021
- und
- 2.3 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Die Linke, FDP und Die FRAKTION
betreffend
Sonnendeck - PV-Anlagen über Autobahnen
AN/1897/2021
- 2.3.1 Änderungsantrag zum Antrag AN/1897/2021 „Sonnendeck – PV-Anlagen über Autobahnen“
AN/2113/2021

auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von Bündnis 90 / Die Grünen, CDU und Volt gegen die Stimmen von SPD, Die Linke und FDP.

SE Frau Lange beantragt, TOP 2.2, das sei der Antrag zur Luftqualität im Kölner Norden, inklusive der Stellungnahme auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Hierzu herrscht allgemeine Zustimmung.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass Herr Achteik die Tagesordnungen zur Abstimmung stellt:²

Beschluss:

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün ist mit den so geänderten Tagesordnungen einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von Bündnis 90 / Die Grünen, CDU, Volt, Die Linke gegen die FDP bei Enthaltung der SPD.

² Tagesordnung des Betriebsausschusses für den Abfallwirtschaftsbetrieb s. dortige Niederschrift.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

B Gleichstellungsrelevante Themen

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke
betreffend
Wie versiegelt ist die Stadt?
AN/1747/2021

1.2 Anfrage der Fraktion Die Linke
betreffend
Beschränkungen der Infrastruktur im Zusammenhang mit der Störfallverordnung (Seveso – III – Richtlinie)/ Umgang mit der Asche aus der Klärschlammverbrennung
AN/1750/2021

1.2.1 Beantwortung der Anfrage
betreffend
Beschränkungen der Infrastruktur im Zusammenhang mit der Störfallverordnung (Seveso – III – Richtlinie)/ Umgang mit der Asche aus der Klärschlammverbrennung
3160/2021

1.3 Gemeinsame Anfrage von Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion und Volt-Fraktion
betreffend
Neuanlage von Seen oder Teichen
AN/1808/2021

1.3.1 Beantwortung der Anfrage
betreffend
Neuanlage von Seen oder Teichen
3336/2021

1.4 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Konsequenzen aus den Überflutungen beim Starkregenereignis am 14. und 15. Juli 2021
AN/1809/2021

1.4.1 Beantwortung der Anfrage
betreffend
Konsequenzen aus den Überflutungen beim Starkregenereignis am 14. und
15. Juli 2021
3154/2021

1.5 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION
betreffend
Schutz von Igel, Insekten und Amphibien im öffentlichen Grün
AN/2089/2021

1.5.1 Beantwortung der Anfrage
betreffend
Schutz von Igel, Insekten und Amphibien im öffentlichen Grün
3492/2021

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

2.1 Antrag der SPD-Fraktion
betreffend
Sofortmaßnahmen für die Solar-Offensive in Köln
AN/1409/2021
Vor Eintritt in die TO zurückgestellt

2.1.1 Änderungsantrag zu TOP 2.1: Antrag der SPD-Fraktion „Sofortmaßnahmen
für die Solar-Offensive in Köln“ (DS 1409/2021)
AN/2127/2021
Vor Eintritt in die TO zurückgestellt

2.2 Antrag der Fraktion Die Linke
betreffend
Erfassung der Luftqualität im Kölner Norden
AN/1729/2021
Vor Eintritt in die TO zurückgestellt

2.2.1 Stellungnahme zum Antrag (AN/1729/2021) der Fraktion Die Linke zur Erfas-
sung der Luftqualität im Kölner Norden
3437/2021
Vor Eintritt in die TO zurückgestellt

2.2.2 Änderungsantrag zum Antrag AN/1729/2021 „Erfassung der Luftqualität in
Kölner Norden“
AN/2112/2021
Vor Eintritt in die TO von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen

- 2.3 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Die Linke, FDP und Die FRAKTION
 betreffend
 Sonnendeck - PV-Anlagen über Autobahnen
 AN/1897/2021
 Vor Eintritt in die TO zurückgestellt

- 2.3.1 Änderungsantrag zum Antrag AN/1897/2021 „Sonnendeck – PV-Anlagen über
 Autobahnen“
 AN/2113/2021
 Vor Eintritt in die TO zurückgestellt

- 2.4 Gemeinsamer Antrag von Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion
 und Volt-Fraktion
 betreffend
 Neues NSG
 AN/2064/2021

- 2.4.1 Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu AN/2064/2021
 AN/2090/2021

- 2.4.2 Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu TOP 2.4
 AN/2081/2021

- 2.4.3 Änderungsantrag zum Antrag AN/2064/2021 „Neues NSG“
 AN/2114/2021

- 2.5 Gemeinsamer Antrag von Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion,
 Volt-Fraktion und FDP-Fraktion
 betreffend
 Beleuchtung Rautenstrauchkanal
 AN/2063/2021

3 Kommunaler Klimaschutz

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)

- 4.1.1 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“
 1987/2021

- 4.1.2 Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz
 von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
 2314/2021

- 4.1.3 Kulturraum Kölner Friedhöfe 2025
 2236/2020

4.1.4 Sportentwicklungsplanung - Sponsoringvertrag mit der Firma SNIPES SE -
Neubau eines Basketball- bzw. Streetballplatzes im Inneren Grüngürtel zwi-
schen Venloer Straße und Vogelsanger Straße
1619/2020

4.1.4.1 Snipes-Court
2576/2021

4.1.4.2 Änderungsantrag zu 1619/2020
AN/2128/2021

4.2 Allgemeine Beschlussvorlagen (Entscheidung)

4.2.1 PFC-Allgemeinverfügungen zum Verbot der Gartenbrunnennutzung zu Be-
wässerungszwecken
Hier: Anregungen der Bezirksvertretung Porz vom 16.06.2020 zu Boden-,
Brunnenwasser und Blutuntersuchungen sowie Entschädigungsleistungen für
alle betroffenen Brunnenbesitzer
2103/2020

4.2.1.1 PFC-Allgemeinverfügungen zum Verbot der Gartenbrunnennutzung zu Be-
wässerungszwecken
Hier: Beantwortung mündlicher Anfragen im Ausschuss Klima Umwelt und
Grün am 04.03.2021 zur Beschlussvorlage 2103/2020
1065/2021

4.2.1.2 Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu TOP 4.2.1, PFC
AN/0907/2021

4.2.1.3 Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag AN/0907/2021
1885/2021

4.2.2 Ersatzbeschaffung von 6 Gräberbaggern und 8 Greifschalen für den Fried-
hofsbereich
3143/2021

4.2.3 Ersatzbeschaffung eines Radladers für den Friedhofsbereich
3144/2021

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

5.1 Beschluss des Zielbilds für die Kölner Weststadt
2688/2021

5.2 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße
Erweiterter Planungsbeschluss nach kleinräumiger Variantenuntersuchung
2622/2021

5.3 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Brück-Rather Steinweg" in Köln-Rath/Heumar
3646/2020/1

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

7.1 Stadtklima- und Verschönerungsprogramm 2020 im Stadtbezirk Porz - Bewegungsparcour in Zündorf (Erweiterung)
2448/2021

7.2 Modellkommune im Projekt „Global Nachhaltige Kommune NRW“
2587/2021

7.3 Energiebericht 2020: Energieverbrauchs- und Kostenstatistik 2019/Sachstand
Energiemanagementkonzept 2020
2601/2021

7.4 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2021 - Bäume, Brunnen, Blumen
und Gewässer im Stadtbezirk Mülheim
2645/2021

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

12.1 PFC-Schaden Fuggerstraße, Köln-Porz
3048/2021

13 Vergaben

14 Mitberatung von Planungsvorlagen

15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

16 Mitteilungen

- 16.1 Wirtschaftlichkeitsvergleich (Make-or-buy) Baumkontrolle/Baumpflege beim
 Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
 2773/2021

17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

18 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Es wurde keine Verpflichtung vorgenommen.

B Gleichstellungsrelevante Themen

Hierzu liegt nichts vor.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung
Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün nimmt alle Anfragen und Beantwortungen außer TOP 1.1, 1.4 und 1.4.1 ohne Beratung zur Kenntnis. Die unbeantwortete Anfrage unter TOP 1.1, sowie TOP 1.4 und 1.4.1 werden auf die TO der nächsten Sitzung gesetzt.

**1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke
betreffend
Wie versiegelt ist die Stadt?
AN/1747/2021**

**1.2 Anfrage der Fraktion Die Linke
betreffend
Beschränkungen der Infrastruktur im Zusammenhang mit der Störfallverordnung (Seveso – III – Richtlinie) / Umgang mit der Asche aus der Klärschlammverbrennung
AN/1750/2021**

**1.2.1 Beantwortung der Anfrage
betreffend
Beschränkungen der Infrastruktur im Zusammenhang mit der Störfallverordnung (Seveso – III – Richtlinie) / Umgang mit der Asche aus der Klärschlammverbrennung
3160/2021**

**1.3 Gemeinsame Anfrage von Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion und Volt-Fraktion
betreffend
Neuanlage von Seen oder Teichen
AN/1808/2021**

**1.3.1 Beantwortung der Anfrage
betreffend
Neuanlage von Seen oder Teichen
3336/2021**

**1.4 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Konsequenzen aus den Überflutungen beim Starkregenereignis am 14.
und 15. Juli 2021
AN/1809/2021**

**1.4.1 Beantwortung der Anfrage
betreffend
Konsequenzen aus den Überflutungen beim Starkregenereignis am 14.
und 15. Juli 2021
3154/2021**

SB Herr Struwe übermittelt per E-Mail folgende Fragen:

Antwort zu 1: Wie alt sind die Konzepte? Müssen diese aufgrund der aktuellen Erkenntnisse angepasst werden? Wann soll dies ggf. geschehen?

Antwort zu 2: Die Frage war, ob die momentane Einteilung in 30- 50-, 100- oder 200-jährliche Szenarien noch zeitgemäß ist. Die Antwort geht hier nicht drauf ein. Bitte die Frage beantworten.

Antwort zu 3: Die Frage war, ob die bestehenden Schutzkonzepte funktionieren oder nicht. Die Antwort geht hier nur am Rande drauf ein. Bitte präzisieren.

Antwort zu 4: Was soll die Konsequenz sein aus einer Untersuchung der Pumpanlagen? Waren diese ausreichend dimensioniert? Gibt es Erkenntnisse, dass die getroffene Vorsorge oder die Einleitung geeigneter Maßnahmen durch die Nachbarkommunen unzureichend waren? Welche Handhabe besteht ggf., die Nachbarkommunen zu weiteren Maßnahmen oder besserer Abstimmung zu verpflichten? Wann soll die erwähnte Abstimmung mit dem Wupperverband stattfinden?

Die Fragen werden mit der Bitte um Beantwortung an Dezernat II weitergeleitet.

Die Anfrage und die Beantwortung werden auf die TO der nächsten Sitzung gesetzt.

**1.5 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION
betreffend
Schutz von Igel, Insekten und Amphibien im öffentlichen Grün
AN/2089/2021**

**1.5.1 Beantwortung der Anfrage
betreffend
Schutz von Igel, Insekten und Amphibien im öffentlichen Grün
3492/2021**

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

**2.1 Antrag der SPD-Fraktion
betreffend
Sofortmaßnahmen für die Solar-Offensive in Köln
AN/1409/2021**

**2.1.1 Änderungsantrag zu TOP 2.1: Antrag der SPD-Fraktion „Sofortmaßnahmen für die Solar-Offensive in Köln“ (DS 1409/2021)
AN/2127/2021**

Antrag und Änderungsantrag vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die nächste Sitzung am 25.11.2021

**2.2 Antrag der Fraktion Die Linke
betreffend
Erfassung der Luftqualität im Kölner Norden
AN/1729/2021**

**2.2.1 Stellungnahme zum Antrag (AN/1729/2021) der Fraktion Die Linke zur
Erfassung der Luftqualität im Kölner Norden
3437/2021**

Antrag und Stellungnahme vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die nächste Sitzung am 25.11.2021

**2.2.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag AN/1729/2021 „Erfassung der Luftqualität in Kölner Norden“
AN/2112/2021**

Vor Eintritt in die Tagesordnung von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen

**2.3 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Die Linke, FDP und Die FRAKTION
betreffend
Sonnendeck - PV-Anlagen über Autobahnen
AN/1897/2021**

**2.3.1 Änderungsantrag zum Antrag AN/1897/2021 „Sonnendeck – PV-Anlagen über Autobahnen“
AN/2113/2021**

Antrag und Änderungsantrag vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die nächste Sitzung am 25.11.2021

- 2.4 Gemeinsamer Antrag von Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion und Volt-Fraktion betreffend Neues NSG AN/2064/2021**
- 2.4.1 Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu AN/2064/2021 AN/2090/2021**
- 2.4.2 Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu TOP 2.4 AN/2081/2021**
- 2.4.3 Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag AN/2064/2021 „Neues NSG“ AN/2114/2021**

RM Herr Schallehn stellt den gemeinsamen Antrag vor und betont, es sei wichtig, mehr Fläche für die Natur bereit zu stellen und die Verwaltung zu beauftragen, Flächen vorzuschlagen. Den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion unterstütze man und könne ihn mit in den gemeinsamen Antrag aufnehmen. Den Änderungsantrag von Die Fraktion könne man nicht mittragen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags der FDP möchte Herr Schallehn wissen, weshalb die Beschlüsse zum NSG Mutzbach und zum NSG Sürther Aue bisher nicht umgesetzt worden seien und bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

RM Frau Aengenvoort bittet ergänzend, den Beschluss der BV Rodenkirchen, die Ausweisung des Weißer Bogens als NSG zu prüfen, mit aufzunehmen.

Beigeordneter Herr Wolfgramm sagt eine Prüfung der Einbeziehung des Mutzbaches des Weißer Bogens und der Sürther Aue als NSG zu. Man werde das Ergebnis der Prüfung dem Ausschuss vorlegen, so dass dann darüber beschlossen werden könne.

SB Herr Dr. Albach spricht zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion und weist auf den dringenden Handlungsbedarf der Umsetzung des Beschlusses zur bereits seit 20 Jahren beschlossenen Erweiterung des Naturschutzgebietes Oberer Mutzbach hin. Er zieht aufgrund der Zusage von Herrn Wolfgramm seinen Antrag zurück, werde ihn aber in einem halben Jahr noch einmal stellen, falls die Umsetzung bis dahin nicht erfolgt sein sollte.

SE Frau Michel stellt den Änderungsantrag von Die FRAKTION kurz vor. Sie begründet das ambitionierte Ziel mit der Notwendigkeit, innerhalb einer Zeitachse von zwei bis vier Jahren drei neue Naturschutzgebiete in einer Größenordnung von 5.000 ha einzurichten, um nicht nach Ablauf der Zeit mit Flächen konfrontiert zu sein, die nicht mehr als NSG in Frage kommen.

SE Frau Lange bemerkt, dass nicht die Anzahl der Naturschutzgebiete sondern ihre geringe Größe das eigentliche Problem darstelle. Sie stellt einen mündlichen Änderungsantrag zum Ursprungsantrag AN/2064/2021.

In der Begründung des gemeinsamen Ursprungsantrags von Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion und Volt-Fraktion stehe, dass in 2022 ein Anteil von 10% angestrebt werde, dies seien knapp 4.300 ha. Sie halte den Zielwert von 5.000 ha für NSG in Köln für ein erstrebenswertes Ziel und beantragt, dies in den Beschlusstext aufnehmen zu lassen.

Im Text sollen die Worte „ein neues Naturschutzgebiet“ durch die Worte „neue Naturschutzgebiete“ ausgetauscht werden

Der gesamte Beschlusstext laute:

„Die Verwaltung legt bis Ende 2022 dem Umweltausschuss eine Vorschlagsliste für **neue Naturschutzgebiete** in Köln vor.

Die Vorschläge sollen in einer Bewertungsmatrix neben der naturschutzfachlichen Eignung und anderer Punkte auch die Eigentumsverhältnisse, die Akzeptanz für ein Schutzgebiet vor Ort und die Einschätzung des Naturschutzbeirates darstellen.

Für 2022 wird angestrebt, 10 % der Kölner Gesamtfläche als Naturschutzgebiete auszuweisen. Als Zielwert für Naturschutzgebiete in Köln ist eine Gesamtfläche von mindestens 5.000 ha anzustreben.“

SB Frau Gabrysch betont – auch wenn sie kein Stimmrecht habe – ihre Zustimmung sowohl zu diesem mündlich vorgetragenen Änderungsantrag, als auch zu dem der Fraktion Die FRAKTION. Sie unterstreicht die Wichtigkeit, das Ökosystem des Planeten Erde für die Menschheit lebensfähig zu erhalten.

SB Herr Struwe stellt den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vor. Er bewerte es als wichtig und gut, wenn anhand sachlicher Kriterien abgewogen und geprüft werde, ob eine Umsetzung der in den verschiedenen Anträgen formulierten Ziele möglich sei. Auf diesem Gedanken fuße der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion, der dankenswerter Weise in den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von Grünen, CDU und Volt übernommen worden sei. Er gibt zu bedenken, dass es bei großen und zahlreichen NSG-Flächen auch zu Nutzungseinschränkungen, z. B. hinsichtlich von Sportausübung, kommen könne.

- Zunächst lässt der stellvertretende Ausschussvorsitzende über den **Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION (AN/2090/2021)** abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung legt bis Ende 2022 dem Umweltausschuss eine Vorschlagsliste für drei neue Naturschutzgebiete in Köln vor. Die Vorschläge sollen in einer Bewertungsmatrix neben der naturfachlichen Eignung und anderer Punkte auch die Eigentumsverhältnisse, die Akzeptanz für ein Naturschutzgebiet vor Ort und die Einschätzung des Naturbeirates darstellen. Als Zielwert für Naturschutzgebiete in Köln ist eine Gesamtfläche von mindestens 5000 ha anzustreben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von Bündnis 90 / Die Grünen, CDU, FDP, SPD und Volt gegen Die Linke.

- Anschließend lässt er über den **mündlich vorgetragenen Änderungsantrag von SE Frau Lange** abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung legt bis Ende 2022 dem Umweltausschuss eine Vorschlagsliste für **neue Naturschutzgebiete** in Köln vor.

Die Vorschläge sollen in einer Bewertungsmatrix neben der naturschutzfachlichen Eignung und anderer Punkte auch die Eigentumsverhältnisse, die Akzeptanz für ein Schutzgebiet vor Ort und die Einschätzung des Naturschutzbeirates darstellen.

Für 2022 wird angestrebt, 10 % der Kölner Gesamtfläche als Naturschutzgebiete auszuweisen. Als Zielwert für Naturschutzgebiete in Köln ist eine Gesamtfläche von mindestens 5.000 ha anzustreben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von Bündnis 90 / Die Grünen, CDU, FDP, SPD und Volt gegen Die Linke.

- Abschließend lässt er über den **Gemeinsamen Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen, CDU und Volt (AN/2064/2021), ergänzt um den Text des Ergänzungsantrags der SPD (AN/2114/2021)** abstimmen:

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung legt bis Ende 2022 dem Umweltausschuss eine Vorschlagsliste für ein neues Naturschutzgebiet in Köln vor. Die Vorschläge sollen in einer Bewertungsmatrix neben der naturschutzfachlichen Eignung und anderer Punkte auch die Eigentumsverhältnisse, die Akzeptanz für ein Schutzgebiet vor Ort, **die Auswirkungen auf bestehende Nutzungsmöglichkeiten** und die Einschätzung des Naturschutzbeirates darstellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu TOP 2.4 AN/2081/2021 unter TOP 2.4.2 wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen

2.5 Gemeinsamer Antrag von Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion, Volt-Fraktion und FDP-Fraktion betreffend Beleuchtung Rautenstrauchkanal AN/2063/2021

RM Frau Aengenvoort begründet den gemeinsamen Antrag, mit dem man versuche, einerseits eine durchgängige Beleuchtung zu schaffen, um die Schulwegsicherheit zu garantieren, umgekehrt aber auch Flora und Fauna zu schützen.

SE Frau Lange merkt an, es sei begrüßenswert, auch zu prüfen, ob bewegungssensible Beleuchtung möglich sei, also dass in der Zeit, wo dort niemand gehe, es dennoch dunkel bleibe.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, eine biodiversitätserhaltende Optimierung der Beleuchtung am Rautenstrauchkanal zu prüfen. Folgende Kernpunkte sollen bei der Prüfung beachtet werden:

- Durchgängige Beleuchtung eines Wegebereichs am gesamten Rautenstrauchkanal (einseitig) bis zum Gürtel.
- Reduktion der Gesamtzahl der Beleuchtungskörper
- Optimierung der Beleuchtung im gesamten Bereich in Bezug auf lichtsensible Fauna und Flora (Lichtfarbe 1800 K, vollabgeschirmte, blendungsfreie Leuchten

(Leuchtstärkeklasse G6) mit horizontaler Montage ohne Lichtabstrahlung in die Horizontale und in der oberen Halbraum, Nachtabenkung)

Die Ergebnisse der Prüfung sind als Beschlussvorlage mit Kostenschätzung dem Ausschuss wieder vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt³

3 Kommunaler Klimaschutz

Hierzu liegt nichts vor.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)

4.1.1 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ 1987/2021

RM Frau Roth bewertet für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Beschlussvorlage der Verwaltung generell als positiv und führt als Gründe dafür die Einbindung der Stadtgesellschaft, das Zielgerüst und die Handlungsempfehlungen der Vorlage an. Insbesondere Köln als Teil der Welt darzustellen und die Integration der Agenda 2030 seien gelungen. Dass ein bewusster Umgang mit Fläche, die Sicherung und Ausbau der Grünssysteme und der Klimawandel eine Rolle spielten, sei zu spüren.

Allerdings fehlten die Dynamik und die Intensität im Klimaschutz. Um 2035 Klimaneutralität zu erreichen, sei eine drastische Reduzierung der Treibhausgasemission erforderlich. Dies spiegle das Dokument nicht wider.

Frau Roth führt als negative Beispiele die Seiten 67, 74 und 122 der Vorlage an, auf denen aus Sicht von Bündnis 90 / Die Grünen unzureichende Klimaschutzziele stünden. So sei als „ambitioniertes Ziel“ bis 2030 die Reduzierung der CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 50 Prozent angegeben. Man sei jedoch sicher, dass die im Papier aufgeführten Ideen und Wege auch zu Klimaneutralität führen können und wolle den Prozess der Beschlussfassung nicht aufhalten.

SB Herr Struwe meldet für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf an.

Er merkt persönlich an und betont, dass im Bereich Klimaschutz ein Umsetzungsdefizit vorliege. So wisse man, was zu tun sei, müsse jedoch überlegen, wie es zu tun sei.

Abschließend bittet er darum, dass die Beschlussvorlage sowohl im Verkehrsausschuss als auch im Ausschuss Klima, Umwelt und Grün erneut zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

RM Frau Aengenvoort bittet die Verwaltung hinsichtlich Zurückstellung der Vorlage um Stellungnahme. Da bis zur Ratssitzung noch genügend Zeit sei, könne sich die CDU-Fraktion einen Verweis ohne Votum vorstellen.

Beigeordneter Herr Wolfram informiert darüber, dass die Vorlage in den meisten anderen Ausschüssen ohne Votum in den weiteren Beratungslauf verwiesen worden sei, da es offenen Fragen gab. Die Verwaltung plane bis zur Sitzung des nächsten

³ Damit erledigt sich der zurückgestellte Antrag der FDP-Fraktion AN//0036/2021

Stadtentwicklungsausschusses eine weitere Anlage, um das Konzept der Perspektiven 2030 etwas näher zu bringen.

An Herrn Struwe gewandt führt Herr Wolfgramm aus, dass das Konzept einen strategischen Überbau für die Planungen in dieser Stadt bilde. Andere beschlossene Konzepte, wie z. B. die Klimaneutralität 2035, würden durch diese Perspektiven 2030+ nicht aufgehoben.

SE Frau Lange weist auf den Beschluss der BV Nippes hin, dass die vorgelegte Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ der großen transformativen Aufgabe zu einer nachhaltigen Stadtgesellschaft nicht genüge und so nicht als Zukunftsperspektive für diese Stadt dienen könne. Diesem Beschluss schließe sich die Fraktion Die LINKE an, da eine Reihe von Schwächen in der Vorlage enthalten sei.

Als ein Beispiel führt Frau Lange wie vorher Frau Roth das sogenannte „ambitionierte Ziel“ der Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2030 gegenüber 1990 um 50 Prozent an. Dieses „ambitionierte Ziel“ sei mittlerweile 28 Jahre alt, eine Zeit, in der es jede Menge neue Erkenntnisse gegeben habe.

Frau Lange verweist auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, welches besage, dass die von der Bundesregierung beschlossene Reduzierung um 55 % zu wenig⁴ sei.

SB Herr Dr. Albach beantragt, den letzten Abschnitt des Beschlusses der BV Nippes als Ergänzung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung zu stellen, welcher besage, dass die Verwaltung beauftragt werde, das Papier in Bezug auf den Aspekt „Klimaneutralität“ zu überarbeiten und zu konkretisieren. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass Papier hinsichtlich der CO₂-Reduktion konform zum Pariser Klimaabkommen gestaltet werde und damit Bestand vor dem Bundesverfassungsgericht hätte.

SB Frau Gabrysch plädiert namens der KLIMA FREUNDE ebenfalls für die Einfügung dieser Ergänzung. Sie betont, dass die Vorlage der Verwaltung bei weitem nicht konkret genug und nicht Paris-konform sei und auch nicht auf der Leipzig-Charta 2.0⁵ basiere. Ebenfalls fehle den KLIMA FREUNDEN in dem Prozess ganz massiv Bürgerbeteiligung.

Frau Gabrysch äußert ihre Verwunderung über die Vorgehensweise der Verwaltung, nur bei relevanten Beschlussvorlagen die in den Vorlagen enthaltene Frage nach den Auswirkungen auf den Klimaschutz beantworten zu müssen und nicht bei allen. Sie betont, dass jede Vorlage klimarelevant sei. Letztendlich müsse sich die Frage gestellt werden, ob überhaupt eine Wahlmöglichkeit über positive oder negative Auswirkungen auf den Klimaschutz und folglich eine Beschlussvorlage, die den beschlossenen Klimaschutzziele widerspreche, zugelassen werden könne.

RM Frau Martin äußert die Bitte, die Vorlage nicht aufzuhalten und sie ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Auch die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen habe noch Beratungsbedarf zur Vorlage, sie könne aber bis zur Sitzung des Rates in den Fraktionen beraten werden. Sie spricht sich ebenfalls für die Aufnahme des zweiten Absatzes des Beschlusses der BV Nippes aus, was noch in nachfolgenden Sitzungen gemeinsam beschlossen werden könne.

Auf Bitte des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden bestätigt Herr Wolfgramm, dass die Vorlage erst im Dezember in den Rat gehen soll, mit der Möglichkeit, noch mal im Ausschuss die Gelegenheit zur Beratung zu haben.

⁴ <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html>

⁵ <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bauen-wohnen/stadt-wohnen/stadtentwicklung/neue-leipzig-charta/neue-leipzig-charta-node.html>

Er greift einen Diskussionspunkt auf und betont, dass es sich bei der Vorlage um eine übergeordnete Strategie und um keine Klimaneutralitätsstrategie handle. Gemeinsames Ziel von Politik und Verwaltung sei, Klimaneutralität voranzutreiben. Die Verwaltung werde einen Weg finden, dies zu berücksichtigen.

SB Herr Struwe spricht sich erneut für eine Zurückstellung der Vorlage und gegen einen Verweis ohne Votum aus, damit sowohl für den Ausschuss Klima, Umwelt und Grün als auch für den Verkehrsausschuss die Gelegenheit zur Beratung vor der Ratsitzung am 14.12.2021 bestehe.

SB Herr Zimmermann plädiert ebenfalls dafür, die Vorlage nicht ohne Votum zu verweisen, sondern in die nächste Sitzung zu schieben, so dass dann ein Textvorschlag mit einer gewissen Relevanz im Rahmen einer Beschlussempfehlung an den Rat weitergegeben werden könne.

SE Herr Feles weist auf die Beratungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender hin.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Achtelik lässt über die mündlich beantragte Zurückstellung der Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün stellt die Beschlussvorlage zurück in seine Sitzung am 25.11.2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

4.1.2 Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt 2314/2021

Beschluss:

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt den LSBTI-Aktionsplan mit dem Titel: „Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ als erstes kommunales Handlungskonzept zum Abbau von Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) in Köln und nimmt diesen zur Kenntnis.

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- die im vorliegenden LSBTI-Aktionsplan beschriebenen Maßnahmen umzusetzen,
- ein Controlling für den Implementierungsprozess zu entwickeln und dieses durchzuführen,
- den LSBTI-Aktionsplan fortzuschreiben und dabei Maßnahmen unter Einbeziehung der Expert*innen der LSBTI-Communities weiterzuentwickeln

und somit die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie die Berücksichtigung der spezifischen Bedarfe von LSBTI-Menschen als Querschnittsaufgabe auf allen Ebenen der Stadtverwaltung weiter zu etablieren.

Für die Umsetzung einzelner Maßnahmen, die mit der Zusetzung von Personal oder Finanzmitteln verbunden sind, sind gesonderte Entscheidungen der zuständigen politischen Gremien (Fachausschüsse oder Rat) herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**4.1.3 Kulturraum Kölner Friedhöfe 2025
2236/2020**

Beschluss:

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer Auszahlungsermächtigung für die Durchführung div. Maßnahmen im Rahmen des Zukunftsprojektes „Kulturraum Kölner Friedhöfe 2025“ in Höhe von 400.000,00 EUR im Teilfinanzplan 1303 - Friedhöfe und Krematorium, Zeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 6710-1303-0-0003 - Festwert Friedhöfe, Hpl. 2020/2021, Haushaltsjahr 2020 und 2021. Die Aufwandsermächtigung aus dem Hpl. 2020 wurde im Rahmen der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2021 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**4.1.4 Sportentwicklungsplanung - Sponsoringvertrag mit der Firma SNIPES SE - Neubau eines Basketball- bzw. Streetballplatzes im Inneren Grüngürtel zwischen Venloer Straße und Vogelsanger Straße
1619/2020**

**4.1.4.1 Snipes-Court
2576/2021**

**4.1.4.2 Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu 1619/2020
AN/2128/2021**

RM Frau Martin berichtet von dem Ortstermin, der kontrovers abgelaufen sei. Dabei sei den Ausschussmitgliedern der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen neben anderen Ausschussmitgliedern klargeworden, dass die aktuellen Pläne abzulehnen seien. Man halte weder eine Verlagerung noch eine Vergrößerung des Basketballplatzes für sinnvoll, da dies massive Eingriffe in das Landschaftsschutzgebiet und große Lärmbelastigung durch die Veranstaltungen der Firma SNIPES zur Folge hätte.

Allerdings sei auch klargeworden, dass der vorhandene Basketballplatz sehr gut genutzt werde und auf jeden Fall saniert werden müsse. Deshalb sei man mit dem Vertreter des Sportamtes so verblieben, dass die Vorlage mit den aktuellen Plänen abgelehnt werde, um den Weg für eine andere Vorlage freizumachen. Dies müsse mindestens die Sanierung des bestehenden Platzes beinhalten. Offen sei, ob und welche Rolle hierbei SNIPES spielen werde. Frau Martin signalisiert, dass Bündnis 90 / Die Grünen auch den Änderungsantrag ablehnen werden.

SE Frau Michel begründet den Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION und betont, dass man die Kommerzialisierung im öffentlichen Raum ablehne. Man begrüße es aber auch, wenn die Vorlage insgesamt abgelehnt werde, um eine weitere Versiegelung von Grünflächen zu verhindern.

SB Herr Struwe signalisiert namens der SPD-Fraktion, dass man der Beschlussvorlage zustimmen wolle. Das Thema betreffe viele unterschiedliche Bereiche, was auch im vom Rat gefassten Beschluss zur Sportentwicklungsplanung zum Ausdruck komme, der viele unterschiedliche Nutzungen im Grünbereich vorsehe. Auch der Platz im Inneren Grüngürtel passe sehr gut dazu.

Aus Sicht der SPD-Fraktion agiere der Sponsor in einem vertretbaren Maß. Wenn, wie Frau Martin vorgeschlagen hat, der Platz saniert werde, interessiere ihn, wie dies finanziert werde und in welchem zeitlichen Rahmen die Sanierung stattfinden solle.

RM Herr Weber betont, dass die CDU-Fraktion sowohl das allgemeine sportliche Engagement in der Stadt als auch das Engagement der dortigen Szene am Streetballplatz unterstütze.

Die aktuelle Planung umfasse jedoch die Versiegelung einer 1,5-fachen Fläche an einem Platz, der bereits jetzt mit Sportgeräten vollgestellt sei. Man glaube, dass es alternative Flächen gebe, auf denen eine Netto-Null-Versiegelung möglich sei.

Daher lehne die CDU-Fraktion die aktuelle Planung ab und bitte die Verwaltung, die Fläche zu sanieren und dazu möglichst schnell Planungen vorzulegen. Man sei offen für eine finanzielle Unterstützung von Privatpersonen oder Unternehmen.

SE Herr Feles möchte wissen, ob dort Möglichkeiten für Menschen mit Beeinträchtigung vorhanden sind.

SB Herr Zimmermann erklärt, dass es keinen akuten Handlungsbedarf gebe und der Platz beispielbar sei, auch wenn er stark beansprucht sei. Er regt in Richtung Verwaltung an, zu prüfen, ob eine Nutzung der Bezirkssportanlage Ehrenfeld für den Basketball auf bereits versiegelten Flächen möglich sei, mit oder ohne Kooperation mit anderen Partnern.

SB Frau Gabrysch regt namens der KLIMA FREUNDE an, evtl. zusammen mit ehrenamtlichen Menschen, die sich dort bereits engagieren, und / oder einzelnen Unternehmen den Platz nachhaltig zu gestalten.

Sie finde es bedenklich, dass die Firma SNIPES auf dem Basketball- und dem Tennisplatz kostenlos pro Jahr 5 Veranstaltungen durchführen und kommerzielles Film- und Werbematerial fertigen dürfe, zumal bei diesen Veranstaltungen viele Personen wahrscheinlich auf der gesamten Grünfläche herumlaufen würden.

SE Herr Osorio Pulido betont für die FDP-Fraktion, dass man das aktuelle Planungsvorhaben als positive Veränderung bewerte und dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimme. Es werde ein alter sanierungs- bzw. abrisspflichtiger Platz entsorgt und ein neuer Platz gestaltet und der Stadt geschenkt.

Es handle sich, wie dem landschaftspflegerischen Fachbeitrag zu entnehmen sei, nicht um Flächen mit besonders herausragender Biotopfunktion. Wenn man jetzt einem Anbieter, der der Stadt Köln Public-private-Partnership – PPP⁶ offerieren möchte, eine Absage erteile, vertue man Chancen für die Zukunft für potentielle weitere Anbieter*innen.

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96ffentlich-private_Partnerschaft

- Zunächst lässt der stellvertretende Ausschussvorsitzende über den **Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION** abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün bedankt sich bei der Fa. SNIPES SE für das Interesse eines Sponsorings zum Neubau einer Basketball- und Streetballanlage im Inneren Grüngürtel zwischen Venloer Straße und Vogelsanger Straße. Der Ausschuss lehnt ein solches Sponsoring am angedachten Standort jedoch ab. Stattdessen saniert die Stadt Köln den bestehenden Basketballplatz unter Einbeziehung der örtlichen Basketball-Community. In diesem Zusammenhang wird auch die luftfahrtshistorische Bedeutung des Standorts sichtbar gemacht.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion, Volt-Fraktion, SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.

- Anschließend stellt er die **Vorlage der Verwaltung** zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Abschluss eines Sponsoringvertrages zum Neubau einer Basketball- bzw. Streetballanlage zwischen der Stadt Köln (Sportamt) und der Fa. SNIPES SE in Höhe von 415.607,50 € inklusive Mehrwertsteuer in der dieser Beschlussvorlage beiliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion, Volt-Fraktion und Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion.

4.2 Allgemeine Beschlussvorlagen (Entscheidung)

4.2.1 PFC-Allgemeinverfügungen zum Verbot der Gartenbrunnennutzung zu Bewässerungszwecken

**Hier: Anregungen der Bezirksvertretung Porz vom 16.06.2020 zu Boden-, Brunnenwasser und Blutuntersuchungen sowie Entschädigungsleistungen für alle betroffenen Brunnenbesitzer
2103/2020**

4.2.1.1 PFC-Allgemeinverfügungen zum Verbot der Gartenbrunnennutzung zu Bewässerungszwecken

**Hier: Beantwortung mündlicher Anfragen im Ausschuss Klima Umwelt und Grün am 04.03.2021 zur Beschlussvorlage 2103/2020
1065/2021**

4.2.1.2 Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu TOP 4.2.1, PFC AN/0907/2021

4.2.1.3 Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag AN/0907/2021 1885/2021

SB Herr Dr. Albach beantragt eine Änderung des Änderungsantrages der FDP-Fraktion. Da er inzwischen davon Kenntnis erhalten habe, dass das Gesundheitsamt sich aufgrund von Corona um kein anderes Thema mehr kümmern könne, bitte er, die Worte „ausschließlich durch das“ zu streichen und durch die Worte „im Auftrag des“ zu ersetzen.

- Zunächst lässt der stellvertretende Ausschussvorsitzende über den mündlich geänderten Text des **Änderungsantrags der FDP-Fraktion** abstimmen:

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Die Stadtverwaltung bietet, wie von der Bezirksvertretung Porz beschlossen, ein Human-Biomonitoring auf freiwilliger Basis an.

Das Human-Biomonitoring wird ~~ausschließlich durch das~~ **im Auftrag des** Gesundheitsamtes der Stadt Köln durchgeführt. Dazu werden im September 2021 in den Rathäusern Rathaus der Stadtbezirke Porz und Rodenkirchen an je vier Tagen jeweils zwei Stunden lang zu unterschiedlichen Uhrzeiten die Entnahme der notwendigen Körperflüssigkeiten angeboten. Das Angebot wird auch im Gesundheitsamt gemacht. Die Durchführung des Biomonitorings durch das Gesundheitsamt ist für die getesteten Personen kostenfrei.

Die Daten werden denjenigen, die sich testen lassen, in persönlicher Form mit Hinweisen zur Einordnung mitgeteilt.

Die Daten werden den zuständigen Ausschüssen des Rates in strikt anonymisierter Form zur Verfügung gestellt.

Das Gesundheitsamt prüft, inwieweit eine Kontrollgruppe aus anderen Stadtbezirken sinnvoll ist, bei denen keine spezielle PFC-Belastung bekannt ist.

Die Verwaltung prüft auch anhand der ermittelten Daten inwieweit eine Erstattung der Kosten von Gesundheitsamt und Verwaltung ganz oder teilweise von den Verursachern möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion, Faktion Volt und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

- Anschließend stellt er die **Beschlussvorlage der Verwaltung** zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Porz vom 16.06.2020 zur Kenntnis, lehnt jedoch das Maßnahmenpaket aus den in der Begründung genannten Argumenten ab.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion, Faktion Volt und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

Beschluss über die Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung

Eine **Öffentlichkeitsbeteiligung** wird - wie von der Verwaltung vorgeschlagen - **nicht durchgeführt**

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion, Faktion Volt und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

4.2.2 Ersatzbeschaffung von 6 Gräberbaggern und 8 Greifschalen für den Friedhofsbereich 3143/2021

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplanten Ersatzbeschaffungsmaßnahmen fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 925.000,- € im Teilfinanzplan 1303 Friedhöfe und Krematorium, bei Finanzstelle 0000-1303-0-0002, Beschaffung beweglichen Anlagevermögens (KFZ), Teilfinanzplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Haushaltsjahr 2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Beschluss über die Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung

Eine **Öffentlichkeitsbeteiligung** wird - wie von der Verwaltung vorgeschlagen - **nicht durchgeführt**

Einstimmig zugestimmt.

4.2.3 Ersatzbeschaffung eines Radladers für den Friedhofsbereich 3144/2021

Beschluss:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün stimmt der Ersatzbeschaffung eines Radladers für den Friedhofsbereich zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Beschluss über die Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung

Eine **Öffentlichkeitsbeteiligung** wird - wie von der Verwaltung vorgeschlagen - **nicht durchgeführt**

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

5.1 Beschluss des Zielbilds für die Kölner Weststadt 2688/2021

RM Herr Schallehn merkt an, dass der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in der Beschlussvorlage der Verwaltung der Klimaschutz fehle und schlägt vor, wie die BV Ehrenfeld zu beschließen, die einen geänderten Beschluss mit Ergänzungen zur Klimaneutralität und umweltgerechten Mobilität gefasst haben.

SE Frau Lange spricht sich auch für einen Beschluss wie BV Ehrenfeld aus.

SE Frau Weber schließt sich namens der Voltfraktion ebenfalls dem Beschluss der BV Ehrenfeld an, da das Thema Klimaschutz von der Verwaltung nicht ausreichend herausgearbeitet worden sei. Sie fragt, weswegen in der Vorlage die Frage zum Klimaschutz positiv beantwortet worden sei, obwohl man das aus der Begründung nicht habe herauslesen können.

Beigeordneter Herr Wolfgramm sagt eine kurzfristige Beantwortung der zuständigen Verwaltung zu.

Geänderter Beschluss: (in der Fassung des Beschlusses der BV Ehrenfeld)

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt das Zielbild für die sogenannte Kölner Weststadt zur Kenntnis.
2. beschließt das Zielbild als Grundlage für weitere Entwicklungen innerhalb des Betrachtungsraums **mit folgenden Ergänzungen:**
 - a. **Die Verwaltung wird aufgefordert, das Zielbild für den Betrachtungsraum um eine weitere Themenkarte „Klimaneutralität 2035“ zu erweitern, dieses mit Inhalt zu füllen, besonders für die Aspekte Hitze, Wasser, Energie und Stadttraum, und in die anderen Zieldimensionen zu integrieren.**
 - b. **fordert die Verwaltung auf die Themenkarte 3 „Bewegungsraum“ mit der Zielsetzung einer umweltgerechten Mobilität, besonders für den Liefer- und Schwerlastverkehr, zu ergänzen, die in eine stadtweite Netzplanung integriert ist.**
3. beauftragt die Verwaltung, das **in 2 festgelegte** Zielbild bei den nächsten Verfahrensschritten, dem städtebaulichen Wettbewerb Max-Becker-Areal und der Fortschreibung des Rahmenplanung Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld als Grundlage zu **integrieren und dabei folgende Punkte vertieft zu betrachten:**
 - a. **klimaneutrales Quartier, besonders für die Aspekte Hitze, Wasser, Energie, Stadttraum und Bauen**
 - b. **Eine Infrastruktur für umweltgerechte Mobilität zu schaffen, die den Fußverkehr, den Radverkehr, den ÖPNV sowie den Logistikverkehr entsprechend dem aktuellen Stand der Verkehrswissenschaft vorrangig berücksichtigt.**

- c. **Konzepte für den Umgang des Parkens für alle Mobilitätsträger sind darzustellen. Als Vorbild kann der Wettbewerb zum Stadtviertel „Kreuzfeld“ dienen.**
 - d. **Die Vielfalt, die hinter dem Begriff „Gewerbe“ steht, soll im Wettbewerb ihren Platz finden**
 - e. **Die Jury für den Wettbewerb soll die Punkte 3.1. – 3.3. in ihrer Teilnehmerschaft abbilden. Das bedeutet, dass Klimaexpertise, Mobilitätsexpertise, Gewerbeexpertise durch unabhängige Expert*innen vertreten sind. In die Jury sind auch Mitglieder des Rahmenplanungsbeirats, der Bezirksvertretung und des Rats zu berufen.**
4. **die „Charta für das Max-Becker-Areal“ des Rahmenplanungsbeirats wird von der Bezirksvertretung mitbeschlossen und dient als Ergänzung zum Zielbild und als Bestandteil für den städtebaulichen Wettbewerb für das Max-Becker-Areal.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5.2 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße Erweiterter Planungsbeschluss nach kleinräumiger Variantenuntersuchung 2622/2021

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Achtelik gibt einige Informationen der Fachverwaltung zu diesem Projekt auf deren Bitte an die Ausschussmitglieder weiter.

„Danach handle es sich bei der Entflechtungsstraße um ein Teilprojekt zu Rondorf Nord-West (Neubau mit ca. 1.300 Wohneinheiten). Aufgrund vorheriger politischer Beschlüsse sei der Fortschritt des Neubaugebietes von der rechtzeitigen Realisierung der Entflechtungsstraße abhängig. Verzögerungen sollten aus Sicht der Verwaltung vermieden werden, da sich sonst das gesamte Projekt verzögere. Der zusätzliche Wohnraum und die zugehörige Infrastruktur würden dringend benötigt.“

*Die Berücksichtigung der Umweltbelange habe im gesamten Planungsprozess eine wichtige und umfassende Rolle gespielt. Mehrere Gutachter*innen seien im Planungsprozess kontinuierlich beteiligt worden und haben alle geplanten Varianten untersucht und bewertet. Das Büro Rietmann sei an der heutigen Sitzung mit Frau Rietmann und Frau Piela vertreten und könne Fachfragen zu den Umweltaspekten beantworten.“*

RM Herr Schallehn informiert darüber, dass die BV Rodenkirchen einen geänderten Beschluss gefasst und der Variante H den Vorzug gegeben habe. Herr Schallehn meldet für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Beratungsbedarf an und schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Er bittet die Verwaltung um Erklärung, wie es sein könne, dass ein großes Straßenbauprojekt in der Beschlussvorlage mit positiven Auswirkungen auf den Klimaschutz bewertet werde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, erklärt, dass die Aufsiedlung in Rondorf Nord-West sich auf die Verkehrsentwicklung insgesamt auswirke. Insbesondere wirke sie sich dann negativ auf das Klima und die Umwelt aus, wenn die Straße nicht vorhanden sei.

RM Frau Aengenvoort stimmt zu, dass die Schaffung von 1.300 Wohneinheiten an den Bau der Straße gekoppelt sei und diese daher benötigt werde. Sie betont, dass

dort zudem eine weiterführende Schule, Grundschulen und Kitas gebaut werden sollen und die Fortführung der Nord-Süd-Bahn in der 4. Baustufe geplant sei. Die Ronderfer Hauptstraße sei jetzt schon überlastet, so dass die CDU-Fraktion sich für eine Entflechtungsstraße ausspreche.

Hinsichtlich der Frage, ob man sich für die von der BV Rodenkirchen präferierte Variante H oder für die in der Beschlussvorlage der Verwaltung vorgeschlagene Variante A entscheide, verweist Frau Aengenvoort auf die Stellungnahme der Verwaltung, dass Variante A wegen der geringsten Umweltbelastungen die bessere sei, auch wenn sie höhere Kosten verursache. Daher habe man sich im Sinne der Umweltgüter für Variante A entschieden. Auch räumten Juristen bei Entscheidung für die Variante H einer Klage große Aussicht auf Erfolg und damit zeitliche Verzögerungen ein, was ein weiterer Grund für Variante A sei.

RM Herr Struwe stimmt Frau Aengenvoort zu, dass die Entflechtungsstraße benötigt werde und schließt sich ihrer Begründung an. Namens der SPD-Fraktion plädiere er dafür, wie BV Rodenkirchen zu beschließen, da dies ein guter Kompromiss sei, der die unterschiedlichen und oft schwer zu vereinbarenden Belange, seien es die verkehrlichen und die Umweltbelange, aber auch die Interessen der Anwohner*innen, berücksichtige. So seien laut Bewertungsmatrix in einigen Umweltbelangen die Varianten G und H überlegen, zum Beispiel bei den Themen „Anpassung an den Klimawandel, Schall oder Luftschadstoffe“.

SB Herr Dr. Albach bekräftigt, dass die Entscheidung zu mehr Wohnraum auch zur entsprechenden Verkehrsinfrastruktur führe und man dann die am wenigsten umweltschädliche Lösung finden müsse. In der Bewertungsmatrix seien unter anderem die Aspekte Artenschutz und Lärm aufgeführt, welcher von der BV hoch bewertet worden sei. Schall könne jedoch nicht kompensiert werden, weil dort keine Lärmschutzwände gebaut werden können, so dass hier ein finanzieller Ausgleich vonnöten sei.

Auch er stimme zu, wie BV Rodenkirchen zu beschließen.

Herr Harzendorf nimmt zu den Bewertungen der Varianten A und H Stellung. Auch wenn es sich um relativ kleinräumige Bewertungen handle, gebe es doch entscheidende Unterschiede. So weise Variante H große Nachteile und stärkere Eingriffe in Bezug auf Natur- und Artenschutz auf, insbesondere auch, weil ein zusätzliches Regenrückhaltebecken erforderlich werde, was einen Eingriff darstelle. Außerdem rücke man mit Trasse H weiter in die Landschaft hinein, was sich deutlich negativ auswirke.

Zudem sei nicht klar, wie die Bezirksregierung im Planfeststellungsverfahren bezüglich des Vermeidungsgebotes⁷ entscheide, wenn Variante H beschlossen werde.

Lärm könne mit einem entsprechenden Asphalt reduziert werden, so dass keine weiteren Ansprüche entstehen werden.

Daher komme die Verwaltung nach Abwägung aller Vor- und Nachteile zu dem Ergebnis, Variante A weiterzuverfolgen.

Frau Piela verweist auf die Bewertungsmatrix, in der einige Punkte dargestellt seien, die massivere negative Auswirkungen auf bestimmte Umweltgüter haben. Dies seien das Kriterium „Wasser“ und das von Herrn Harzendorf bereits erwähnte Regenrückhaltebecken. Da dieses am tiefsten Punkt liegen müsse, bestehe kein großer Abstand mehr zum Grundwasser, was negativ zu bewerten sei.

⁷ <https://www.umwelt.nrw.de/naturschutz/natur/eingriffe-in-natur-und-landschaft>

Andere Umweltkriterien seien der „Artenschutz“ und „Biotopverbund“ auf den Flächen zwischen Rondorf und Immendorf. Es habe dort bereits ein Scoping stattgefunden, auf das seitens der Höheren Naturschutzbehörde hingewiesen worden sei.

Frau Piela ergänzt, dass das Vermeidungsgebot hoch angesiedelt werde und die Variante H in den knappen Lebensraum von gefährdeten Vogelarten wesentlich stärker eingreife. Ein Ausgleich werde durch die vielen Projekte dort immer schwieriger.

Auf Nachfrage von Herrn Schallehn zur Anzahl der jetzt dort fahrenden PKWs und der Einsparung von Treibhausgasemission durch die Umgehungsstraße bzw. dessen Höhe durch den ausgebrachten Beton beim Bau der Umgehungsstraße, Daten, die für Bündnis 90 / Die Grünen eine wichtige Entscheidungsgrundlage darstellen, betont Herr Harzendorf, dass die Entscheidungen im Gesamtzusammenhang zu betrachten seien.

Es handle sich nicht nur um einen Straßenbau, sondern um eine zusätzliche Erschließung, die im Rahmen eines Mobilitätskonzeptes so umweltverträglich wie möglich umgesetzt werden soll. Hierzu gehörten z. B. auch Radschnellwege und die Verlängerung der Stadtbahn. Es verbleibe jedoch eine nennenswerte Menge an Autoverkehr, der über eine alternative Straße und nicht durch den Ort geführt werden müsse.

Im weiteren Verlauf wird das Thema „autofreie Siedlung“ von SE Herrn Dr. Ermert angesprochen, zu dem Herr Harzendorf ausführt, dass nicht alle Menschen, die in autofreien Siedlungen leben, kein Auto haben bzw. fahren, sondern dass nur in dem Gebiet selbst kein bzw. wenig Autoverkehr stattfindet. Als Beispiel führt Herr Harzendorf Köln-Nippes an.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Herr Achtelik stellt den von Herrn Schallehn beantragten Verweisungsbeschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage **ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.3 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes Arbeitstitel: "Brück-Rather Steinweg" in Köln-Rath/Heumar 3646/2020/1

RM Frau Aengenvoort merkt an, dass die BV Kalk noch dazu einen Beschluss fassen müsse und schlägt vor, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

RM Herr Schallehn meldet Beratungsbedarf für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen an.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende lässt über die Zurückstellung der Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün **stellt die Beschlussvorlage zurück** in seine Sitzung am 25.11.2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün nimmt alle Mitteilungen außer TOP 7.3 ohne Beratung zur Kenntnis.

**7.1 Stadtklima- und Verschönerungsprogramm 2020 im Stadtbezirk Porz -
Bewegungsparcour in Zündorf (Erweiterung)
2448/2021**

**7.2 Modellkommune im Projekt „Global Nachhaltige Kommune NRW“
2587/2021**

**7.3 Energiebericht 2020: Energieverbrauchs- und Kostenstatistik
2019/Sachstand Energiemanagementkonzept 2020
2601/2021**

SB Herr Becker übermittelt per E-Mail folgende Fragen:

Er verweist auf Seite 56 Pkt. 4.4.2

1. Wird bei den statischen Untersuchungen berücksichtigt, dass in der Landesbauordnung etc. die Berücksichtigung der Gewichte von Schneelasten reduziert wurde?

Die PV-Paneele sind auch leichter geworden, so dass ggf. keine statischen Probleme zu erwarten sind, vor allem dort, wo keine Berechnungsunterlagen mehr vorhanden sind.

2. Anlage 2

Welche praktischen Auswirkungen haben die in Anlage 2 dargestellten Rankings?
Werden die Immobilien mit den schlechtesten Energieverbrauchswerten vorrangig und zeitnah saniert?

Die Fragen werden mit der Bitte um Beantwortung an Dezernat VI/26 weitergeleitet.

**7.4 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2021 - Bäume, Brunnen,
Blumen und Gewässer im Stadtbezirk Mülheim
2645/2021**

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

Hierzu liegt nichts vor.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Anfrage von Frau Lange hier: Erinnerung an Beantwortung ihrer Fragen zum Eckpunktepapier

SE Frau Lange erinnert an die Beantwortung ihrer mündlichen Fragen aus der letzten Sitzung zum Eckpunktepapier zwischen RheinEnergie und Klimawende Köln.

Beigeordneter Herr Wolfgramm sagt eine umgehende Beantwortung zu.

gez. Christian Achtelik
(1. stellvertretender Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)